

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand und GJ Kiel

Titel: Öffentlichen Raum sicher gestalten

Text

1 Wir möchten, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum wohlfühlen und gern in
2 unserer Stadt bewegen. Das Bedürfnis nach Sicherheit muss daher bereits in der
3 Stadtplanung berücksichtigt werden. So sind reine Büroquartiere abends
4 ausgestorben und tragen nicht zu einem sicheren Gefühl bei. Wir möchten
5 Quartiere in ihrer Nutzung so durchmischen, dass dadurch mehr Platz für Menschen
6 im öffentlichen Raum geschaffen und eine positive Aufenthaltsqualität generiert
7 wird (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive
8 Quartiersentwicklung). Bei der Planung der Stadt soll dabei darauf geachtet
9 werden, dass keine Angsträume entstehen wie bspw. dunkle, schlecht einsehbare
10 Unterführungen. Zudem muss auf eine helle Farbgestaltung und eine smarte,
11 ausreichende Beleuchtung geachtet werden. Smart bedeutet in diesem Zusammenhang
12 u. a. dass die Beleuchtung mit Bewegungssensorik und mit Lichtfrequenzen, die
13 Insekten weniger stören, ausgestattet ist. Weitere smarte Lösungen können via
14 App steuerbare Beleuchtungen sein, wie es bereits mit der aus Schleswig-Holstein
15 stammenden App Knoop erfolgreich praktiziert wird. Wir möchten, dass die
16 Verwaltung ein ökologisches und smartes Beleuchtungskonzept erarbeitet.

17 Da Sicherheit in unserer Stadt Lebensqualität bedeutet, müssen Angsträume
18 identifiziert werden, um diese Orte gegebenenfalls auch baulich zu verändern.
19 Dazu möchten wir die Menschen vor Ort beteiligen und gemeinsam Lösungen
20 entwickeln. Abgelegene Haltestellen sind ein Angstraum. Wir wollen prüfen, ob es
21 sinnvoll ist, einen Notknopf an abgelegenen Haltestellen zu installieren, der
22 direkt mit der Polizei verbunden ist. Die Stadt Kiel arbeitet an einem
23 Sicherheitskonzept, welches wir kritisch und konstruktiv begleiten.

24 Es gibt derzeit einen Bahnhofsbeirat, der sich mit Problemen rund um den Bahnhof

25 befasst. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob und inwiefern die Reaktivierung
26 von kommunalpräventiven Räten quartiers-, projekt- und problembezogen eine
27 sinnvolle Maßnahme sein kann. Ein wichtiger Faktor hierbei ist das
28 Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in dem Wissen,
29 dass Prävention immer nur gesamtgesellschaftlich gestaltet werden kann. Daher
30 fordern wir ganz besonders die Einbeziehung der Bürger*innen vor Ort.

31 Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir ausschließlich anlassbezogen,
32 evidenzbasiert und bei richterlicher Anordnung erlauben. Wir fordern, dass diese
33 Videoüberwachung live von einer Person überwacht wird, damit schnelles
34 Eingreifen möglich ist. Den behördlichen Einsatz von großflächigen
35 Videoaufzeichnungen wie Nutzung von Drohnen bei Demonstrationen lehnen wir ab.

36 Da wir den öffentlichen Raum für alle Menschen nutzbar machen wollen, lehnen wir
37 Verdrängung durch Repression ab und setzen einen Schwerpunkt in der
38 (aufsuchenden) Sozialarbeit und Prävention. Besonders während der Coronapandemie
39 wurde versucht Jugendliche aus dem Schrevenpark und der Reventlowwiese zu
40 verdrängen. Wir möchten keine pauschalen Verurteilungen, sondern über die
41 Stränge schlagende Personen zielgenau sanktionieren. Wir setzen uns dafür ein,
42 dass der öffentliche Raum für Jugendliche und andere Menschen zugänglich bleibt
43 und in diesem gefeiert werden kann. Die Bedingungen dafür müssen verbessert
44 werden, um eine angemessene Nutzung zu garantieren. Dafür sind beispielsweise
45 mehr Mülleimer sowie öffentliche, kostenfreie und saubere Toiletten nötig. Die
46 Möglichkeit zu feiern und laut Musik zu hören, muss bestehen bleiben. Phasen der
47 Ruhe und Phasen jungen städtischen Lebens können sich ergänzen. Generell muss im
48 öffentlichen Raum aufeinander Rücksicht genommen werden.